

V0972/21

**Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 107 H "Am Samhof" und Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren - erneuter Satzungsbeschluss**  
**(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)**

**Stadtrat vom 14.12.2021**

Frau Preßlein-Lehle führt aus, dass man 2016 mit dem Verfahren gestartet sei und bereits im Herbst 2019 einen Satzungsbeschluss gefasst habe. Man musste jedoch nochmals in Verfahren einsteigen, da die Regierung von Oberbayern beanstandet habe, dass die zugehörigen Gutachten nicht vollständig ausgelegt worden seien und naturschutzfachliche Fragen zu korrigieren waren. Man habe die Gelegenheit genutzt und eine Gemeinbedarfsfläche für ein Hospiz ergänzt. Kurzfristig liege jetzt ein Antrag vor, fossile Brennstoffe auszuschließen. Bei der Entwurfsgenehmigung seien bereits Kohle und Heizöl ausgeschlossen worden, jetzt werde zusätzlich noch der Ausschluss von Gas gefordert. Insgesamt sei es völlig unstrittig, dass sich die Stadt Ingolstadt in diesem Bereich neu aufstellen müsse. Sie halte aber ein energiepolitisches Gesamtkonzept für die ganze Stadt für erforderlich, nicht nur für Neubaugebiete, sondern auch für bestehende Siedlungen gilt. Sie habe dies bereits beim vorgehenden Umweltreferenten angemahnt, da es problematisch sei, immer nur Regelungen für einzelne Bebauungspläne zu treffen, aber es sei nichts passiert. Sie sei aber sehr zuversichtlich, dass mit Bürgermeisterin Kleine jetzt dieses Thema vorwärts gehe. Zum Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE gibt Frau Preßlein-Lehle zu bedenken, dass die hierdurch erforderliche erneute Auslegung einen Zeitverzug von einem halben Jahr bedeuten würde. Aufgrund des Zeitdrucks an der Stelle – Standort für Hospiz und Schaffung von Wohneinheiten – und der rechtlichen Problematik, wie man den Ausschluss von Gas an der Stelle begründen kann, obwohl es 100 Meter weiter zulässig sei, befürworte sie eine Ablehnung des Antrags.

Stadtrat Pauling begründet die Kurzfristigkeit des Antrags mit einem Termin letzte Woche zur Klimaneutralität, der ihn zur Antragstellung bewogen habe. Das Problem bei neuen Gasheizungen sei, dass man die Bevölkerung „ins Messer laufen lasse“, wenn diese in Zukunft nicht mehr zulässig seien. Er verstehe den Zeitdruck im vorliegenden Fall, weist aber darauf hin, dass man ein Problem mit der Klimaneutralität bekomme. Zur rechtlichen Begründung verweist er auf die Regelungen zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Baugesetzbuch sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen seien. Er stimmt Frau Preßlein-Lehle dahingehend zu, dass alle Bebauungspläne geändert werden müssten.

Frau Preßlein-Lehle schränkt ein, dass nur weil es im Bebauungsplan nicht ausdrücklich ausgeschlossen sei, es nicht heiße, dass alle Gebäude mit Gas versorgt würden. Auf dem Pionierkasernengelände habe man es geschafft, ausschließlich Fernwärme zu nutzen. Man könne auch auf freiwilliger Basis für Alternativen werben. Sie bittet nochmals um Beauftragung eines energiepolitischen Gesamtkonzepts, dann könne man nachvollziehbar begründen, was die Stadt wolle.

Stadtrat Niedermeier halte die Querungshilfe im südlichen Bereich der Krumenauer Straße für völlig ungeeignet. Auf Seite 10 der Anlage 1 sei ausgeführt, dass gegebenenfalls ein Fußgängerüberweg verwirklicht werden könne. Es gebe schon Probleme für die Anwohner, in die Grundstücke einzufahren, noch wichtiger sei aber die Nähe zum Kindergarten. Mit zwei oder drei Gruppe die Straße zu überqueren sei gefährlich, hierbei nütze eine Querungshilfe

gar nichts. Aus seiner Sicht komme nur ein Zebrastreifen in Frage, der noch festgelegt werden müsse.

Frau Preßlein-Lehle führt aus, dass mit dem Tiefbauamt abgesprochen sei, dass die Problematik im Zuge der Straßenausbauplanung geklärt werde, auch unter Einbeziehung des Bezirksausschusses. Sie bittet um Verständnis, dass sie darauf dränge, mit dem Bebauungsplan voranzukommen, da auch das Umlegungsverfahren noch ausstehe.

Stadtrat Achhammer schließt sich den Ausführungen der Stadtbaurätin an, auch aus seiner Sicht sollte der Satzungsbeschluss heute gefasst werden. Man habe im Planungsausschuss ausführlich diskutiert und Zustimmung zum Bebauungsplan signalisiert. Dem Zusatzantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE könne er sehr viel abgewinnen, leider komme dieser etwas spät. Er appelliert ebenfalls an Bürgermeisterin Kleine, bis zum nächsten Baugebiet ein Klimakonzept vorzulegen. Die gesamte Klimadiskussion müsse im Querverbund mit allen Beteiligten, insbesondere mit den Stadtwerken, noch ausführlicher geführt werden. Im Übrigen würden Grundstückseigentümer und Bauherren ebenfalls die Diskussion verfolgen und sehr genau in die Zukunft schauen. Er gehe davon aus, dass die meisten ohnehin die richtige Richtung wählen. Insgesamt sei man auf einem guten Weg, man müsse in Zukunft ein großes Auge, besser zwei Augen auf die Klimaneutralität richten.

Stadtrat Köstler schließt sich der Stadtbaurätin und Stadtrat Achhammer an, dass ein energiepolitisches Gesamtkonzept genau der richtige Weg sei. Von seiner Seite gebe es hierzu jederzeit Zustimmung, man bräuchte baldmöglichst eine entsprechende Beschlussvorlage, in der der personelle Aufwand dargestellt werde. Wie Stadtrat Achhammer hoffe er darauf, beim nächsten Baugebiet schon schlauer zu sein und nicht erst kurz vor Ende des Verfahrens solche Vorschläge einbringen zu müssen. Außerdem müsse man beim Parkraummanagement dazulernen, er verstehe nicht, wieso man sich genötigt sehe, so viele öffentliche Parkplätze zu schaffen. Stattdessen sei er für ein kostenpflichtiges Parkhaus, was wesentlich mehr Sinn mache, als Freiflächen zu opfern.

Bürgermeisterin Kleine empfiehlt, dem Vorschlag von Frau Preßlein-Lehle zu folgen und heute den Satzungsbeschluss zu fassen. Man werde versuchen, das Anliegen der LINKEN durch Beratung zu erfüllen. Sie habe sich bereits den Energienutzungsplan von 2014 angeschaut, beispielsweise im Baugebiet Friedrichshofen gebe es einen Teilenergienutzungsplan, der auf Fernwärme setze. Sie wisse nicht, ob das ein Zukunftskonzept sei, etwa die GWG verfolge bereits neue Ansätze ohne Fernwärme. Durch ordentliche Beratung könne ein gutes Ergebnis ohne Verbot erreicht werden. Sie gehe davon aus, dass niemand eine eingebaute Gasheizung zurückbauen werden muss, die Technik könne ganz normal abgeschrieben werden. Insgesamt brauche man aber von Anfang an eine klimaneutrale Planung, hierzu werde man für März eine Beschlussvorlage vorbereiten. Für heute gelte, dass das Anliegen positiv gesehen werde, trotzdem sollte der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Stadtrat Pauling entschuldigt sich für die Kurzfristigkeit des Antrags. Er hoffe sehr, dass die Aussagen zur Eigenmotivation zutreffen. Er rufe die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke auf, sich auch hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Stadtwerke zum Thema Klimaneutralität einzusetzen. Ansonsten hoffe er auf das angekündigte Gesamtkonzept, dass Planungssicherheit verspreche. Seinen ausdrücklichen Dank spricht er Stadtrat Achhammer und der CSU-Stadtratsfraktion aus, dies seien die richtigen Signale.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Dr. Scharpf zieht Stadtrat Pauling den Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE zurück.

Stadtrat Dr. Schuhmann spricht der Stadtbaurätin und dem Stadtplanungsamt ein Kompliment dafür aus, dass man den Bebauungsplan nochmals angepasst habe und eine Gemeinbedarfsfläche für ein Hospiz aufgenommen habe.

Gegen eine Stimme (Stadtrat Pauling):  
Entsprechend dem Antrag genehmigt.